

Betrifft: Helmut Schmidt

Das Bundespresse- und Informationsamt versucht, Helmut Schmidt als einen Staatsmann erscheinen zu lassen, der Adenauersche Dimensionen erreicht. Eine genaue Analyse des Verhaltens von Helmut Schmidt in zentralen politischen Fragen läßt ein anderes Bild erkennen. Statt einer auf Sachkunde gegründeten Autorität zeigt sich zu oft ein leichtfertiger Umgang mit dem gegebenen Wort, eine hastige Anpassung an geänderte Umstände, an wechselnde Mehrheiten in der Partei und an unterschiedliches Publikum. Dies läßt sich klar nachweisen:

I. Rentenbetrug

Das wohl deutlichste und auch beunruhigendste Beispiel für die Bereitschaft von Helmut Schmidt, gravierende Probleme aus kurzfristigen, wahltaktischen Gründen zu verschweigen und dem Bürger eine heile Welt vorzustellen, ist die Diskussion um die Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung im Jahre 1976.

Im Frühjahr 1976 waren die Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung offenkundig: die Fachleute kannten sie, die Opposition warnte eindringlich vor den bitteren Folgen für Millionen Rentner. Bundeskanzler Helmut Schmidt aber wollte die Wähler glauben machen, es sei alles zum besten bestellt, und erklärte:

„Da gibt es wieder dieselben Schwarzmalerei, die uns mit ihrer Flüsterpropaganda weismachen wollen, daß die Renten nicht finanziert werden könnten.“ (Rede auf der Mai-Kundgebung am 1. Mai 1976 in München, zitiert nach „Bulletin“ Nr. 52, 13. 5. 1976, S. 485)

In dem damals beginnenden Bundestagswahlkampf ließ Helmut Schmidt kaum einen öffentlichen Auftritt verstreichen, ohne die Union pauschal, zumindestens aber führende Unionspolitiker bewußter Falschaussagen zu zeihen. Im August —

es ging nun schon auf den Wahltag zu — zog Schmidt den damals noch als Wahllokomotive eingesetzten Arbeits- und Sozialminister Arendt als Kronzeugen heran:

„Die Renten sind sicher, und Walter Arendt hat verkündet, daß sie im nächsten Jahr um zehn Prozent angehoben werden . . . Die Beiträge werden nicht erhöht, die Renten sind sicher, die Bruttolohnbezogenheit dieser Renten bleibt. Die Leistungsbezogenheit dieser Renten bleibt und die regelmäßige Anpassung der Renten bleibt.“ (Interview in der „Quick“, 26. August 1976)

Den eindeutigen Zahlen, die von Opposition und Rentenversicherungsträgern auf den Tisch gelegt wurden, konnte sich der Bundeskanzler aber kaum noch entziehen. Unter dem Druck des anstehenden Wahltermins wählte er den Weg der Verniedlichung. Vier Tage vor der Wahl kennzeichnete er die ihm doch voll und ganz bekannte Finanzierungskrise bei der Rentenversicherung mit der beiläufigen Bemerkung:

„Da gibt es ein Problemchen der Liquidität der Rücklagen. Dieses Problemchen ist leicht zu lösen.“ (Fernsehdiskussion in ARD, 30. September 1976)

Nach der Bundestagswahl aber stellten sich die Probleme auf einmal ganz anders dar. Die Konsolidierung der Krankenversicherung und der Rentenversicherung wurde von Helmut Schmidt als „dickstes Problem“ bezeichnet. Er kündigte an:

„Dabei geht es nicht ohne harte Schritte ab.“ (Zit. nach „Die Welt“, 8. November 1976)

Innerhalb nur weniger Wochen war aus dem „Problemchen“ das „dickste Problem“ geworden. Bis zum Wahltag aber hatte Helmut Schmidt davon nichts gewußt. Am 9. Dezember noch betonte er im Fernsehen, Walter Arendt *„wird sicherlich Bundesminister für Arbeit- und Sozialordnung wiederum sein . . . , . . . ich bin ganz sicher, daß die Rentnerinnen und Rentner in unserem Lande schon seit einer längeren Zeit von Jahren wissen, daß er der Mann ist, der für ihre Belange eintritt. Das wird auch in den nächsten vier Jahren so sein.“* („Bericht aus Bonn“, ARD, 9. Dezember 1976)

Wenige Tage später, am 15. Dezember 1976, teilte Helmut Schmidt mit, daß Walter Arendt nicht wieder in die Bundesregierung zurückkehren werde.

Aber nicht nur dieses Versprechen konnte Helmut Schmidt nicht einlösen. In seiner Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976 versprach er:

„Die laufenden Renten werden ab 1. Januar 1979 jeweils mindestens entsprechend der Steigerung der nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben verfügbaren Einkommen der aktiven Arbeitnehmer erhöht werden.“

„Die Bruttolohnbezogenheit bei der Festsetzung der Neurenten bleibt.“

„Die Beitragssätze zur Rentenversicherung bleiben unverändert.“ (Zit. nach „Bulletin“ Nr. 135, 17. Dezember 1976, S. 1285)

Der Bundeskanzler hat keines dieser Versprechen gehalten:

- Die geplanten Rentenerhöhungen liegen unter der von der Regierung selbst erwarteten Steigerung des Lebensstandards der Arbeitnehmer.
- Die Bruttolohnbezogenheit der Renten wurde beseitigt.
- Die Rentenversicherungsbeiträge werden ab 1981 erhöht.

Die Eingriffe in das bewährte Rentensystem, der neu aufgebrochene Streit um die Form der Rentenanpassung und schließlich die Erhöhungen der Beiträge entlarven Schmidts Beteuerungen von 1976 nicht nur als erschreckenden Opportunismus, sondern als eklatante Mißachtung des Wählers. Das Vertrauen von Millionen älterer Mitbürger wurde zum Zweck der Machterhaltung zunächst durch Leugnen der Probleme, dann mit Verniedlichung und zuletzt mit Zusagen, die nicht eingehalten wurden, erworben.

II. Arbeitslosigkeit

Auch das Bild des entscheidungsfreudigen, sachkundigen und effizienten „Machers“ Helmut Schmidt zeigt erschreckende Veränderungen, wenn man es mit der Wirklichkeit vergleicht. „Effizientes Machertum“ — gegen diesen Vorwurf hat sich Schmidt kaum je gewehrt, fühlt er sich selbst doch nahezu unschlagbar in der Rolle eines sachkundigen Fachmannes für fast alle politischen Bereiche.

Dies zeigen zum Beispiel die Aussagen Helmut Schmidts zum Problem der Vollbeschäftigung. Seit 1969 hat sich die Zahl der Arbeitslosen mehr als verfünffacht. Wir haben seit Jahren eine Dauerarbeitslosigkeit von fast einer Million Arbeitnehmer. Die Art und Weise, in der sich Helmut Schmidt mit dem Anspruch der fachlichen Qualifikation als langjähriger Finanzminister diesem Problem stellte, zeigt überdeutlich seinen leichtfertigen Umgang mit politischen Prognosen. So etwa im niedersächsischen Landtagswahlkampf 1974, als er am 27. Mai 1974 auf einer Großkundgebung in Hannover die Bundesregierung als Garant dafür bezeichnete, daß es keine Massenarbeitslosigkeit geben werde. („Stuttgarter Zeitung“, 28. Mai 1974)

Stand der Arbeitslosen im Mai 1974: 457 000.

Ende Juni wurde Schmidt noch apodiktischer:

„Niemand in unserem Land braucht Sorge um Beschäftigung und soziale Sicherheit zu haben.“ (Kommunique über die gemeinsame Sitzung von Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission der SPD am 29. Juni 1974)

Stand der Arbeitslosen im Juli 1974: 491 000.

Im August sah er überhaupt keinen Grund, „hier nun in Nervosität auszubrechen“. (Interview in der ARD, „Bericht aus Bonn“, 16. August 1974)

Stand der Arbeitslosen im August: 527 000.

Anfang 1975, im schlimmsten Rezessionsjahr seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland, wollte sich der Kanzler vor einer ganzen Serie wichtiger Landtagswahlen nur noch „mit großer Zuversicht und innerer Gelassenheit“ dem Bürger präsentieren. Im Februar 1975 erklärte er:

„Ich glaube nicht, daß wir etwas Wesentliches versäumt hätten, was wir hätten tun sollen. Wir haben alles Notwendige und Angemessene getan.“ (Zit. nach „Bulletin“ Nr. 24, 25. Februar 1975)

Stand der Arbeitslosen im Februar 1975: 1 183 000.

Am 3. Mai 1975 — einen Tag vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen — konnte Schmidt dann endlich voller Zuversicht behaupten:

„Von nun an geht's in der Bundesrepublik aufwärts.“ (Zit. nach „Neue Rhein-Zeitung“, 3. Mai 1975)

Stand der Arbeitslosen im Mai 1975: 1 017 000.

Im Winter 1976/77 wurde der bisherige Höhepunkt der Arbeitslosigkeit mit 1 213 000 Arbeitslosen im Februar gemessen.

Der von Helmut Schmidt selbst nur allzugern gepflegte Eindruck, als brauchten die Bürger die großen Probleme unserer Zeit nur vertrauensvoll in seine fachmännischen Hände zu legen, trügt. Kein Macher — ein Wortemacher!

III. Verfassungsfeinde

Ein typisches Beispiel für die mangelnde Stehfestigkeit von Helmut Schmidt gegenüber linken Kräften in seiner Partei ist das Zurückweichen in der Extremistenfrage. Jahrelang hatte sich Schmidt mit schneidigen Wortattacken dagegen zur Wehr gesetzt, daß Kommunisten oder andere Extremisten Zugang zum öffentlichen Dienst erhielten.

„Mangelndes Fingerspitzengefühl für das, was Wähler angeht“ (zit. nach „Frankfurter Rundschau“, 2. Januar 1975),

so hatte er im November 1974 den versammelten Führungsgremien seiner Partei die Leviten gelesen. Unter Hinweis auf das Schicksal der Weimarer Republik beschwor er den Grundsatz:

„Man darf den Feinden der Freiheit nicht alle die gleichen Freiheiten einräumen wie den Verteidigern der Freiheit.“ (Interview im französischen Fernsehen, 9. September 1977, zit. nach Material des Bundespresseamtes)

Dann geriet er zusehends unter den Druck des linken SPD-Flügels. Auf dem Hamburger SPD-Landesparteitag am 25. November 1978 glaubte er, sich noch mit verbaler Kraftmeierei dem Zugriff seiner eigenen Genossen entwinden zu können:

„Ich habe nicht die Absicht, mich als Kanzler nach Empfehlungen zu richten, bei denen ich die Sorge haben muß, daß das Bundesverfassungsgericht es in einem weiteren Prozeß als Unrecht bezeichnen würde.“ (Zit. nach „Die Welt“, 27. November 1978)

Zwei Wochen später stimmte Schmidt auf dem Kölner Europaparteitag der SPD Grundsätzen für die Feststellung der Verfassungstreue zu, die zur Folge haben, daß es praktisch keine Hindernisse mehr gibt für die Übernahme von Extremisten in den öffentlichen Dienst. Im Januar 1979 machte sich die Bundesregierung unter Schmidts Führung diese Beschlüsse des SPD-Parteitages zu eigen.

Nachdem er erst einmal „richtig“ im Sinne der Partei entschieden hatte, zog er auch mit Worten nach: In der Debatte des Deutschen Bundestages über den Haushalt des Bundeskanzlers am 24. Januar 1979 rechtfertigte er die Abschaffung der Regelanfrage in der Diktion der Parteilinken so:

„Nirgendwo ist geboten, daß Hunderttausende von Menschen durchgeprüft werden müssen.“ (Stenographischer Bericht, 131. Sitzung, S. 10315)

Am Abend desselben Tages — vielleicht war zwischenzeitlich die Aufmerksamkeit der Fraktionslinken zu rasch abgeklungen — verblüffte der Kanzler seine Zuhörer im Parlament mit der Feststellung:

„In Wirklichkeit wird doch bei der Regelanfrage gar niemand überprüft. Es wird nur in der Kartei nachgesehen, ob er zufällig drinsteht.“ (a. a. O., S. 10344)

So macht man das, wenn man mit mehreren Meinungen jonglieren muß! Offensichtliche Widersprüche lassen sich dabei auch für Helmut Schmidt nicht vermeiden.

Um beim Thema Extremisten im öffentlichen Dienst zu bleiben: Von einem „Chamäleon-Effekt“ muß man geradezu sprechen, wenn man sich anschaut, wie Schmidt auf die Kritik aus dem Ausland reagiert. Für die Leser des „Stern“ vom 16. Juni 1976 hatte er auf die Nachricht von der geplanten Gründung eines französischen Komitees gegen „Berufsverbote“ in der Bundesrepublik Deutschland durch seinen Parteifreund Mitterrand die beschwichtigende Devise parat:

„Ich mache mir ja auch meine Gedanken über die anderen und sage sie offen. Deshalb habe ich Mitterrands Äußerungen nicht als Einmischung empfunden.“ (Stern“, 16. Juni 1976)

Kaum zehn Tage später klang das schon völlig anders: In Bonn gab sich der Kanzler im Gespräch mit Schülerzeitungsredakteuren erstaunt darüber, daß „manche französischen Politiker“ sich über die deutsche Entwicklung aufregten; sie sollten erst einmal für die Gewissensfreiheit der Kriegsdienstverweigerer im eigenen Lande sorgen. (Bericht der „Rheinischen Post“, 25. Juni 1976)

Je näher der Termin der Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 rückte, desto stärker wandte sich Schmidt gegen ausländische Kritik am Extremistenerlaß:

„Ich sehe keinen Kommunisten, der in der schwedischen Armee Major geworden wäre, ich sehe keinen Kommunisten, der in der holländischen Staatskanzlei eine Rolle spielt. Wenn sie ihn entdeckten, würden sie ihn feuern. Sie haben dazu nur — etwas klüger als manche hier in Deutschland — keinen Extremistenerlaß in die Welt gesetzt.“ („Die Zeit“, 24. September 1976)

Beim Eiskunstlauf würde man das einen „doppelten Schmidtberger“ nennen, rechts — rückwärts — auswärts gesprungen!

IV. Kernenergie

Auf Dauer gesehen sind jedoch nicht einmal diese erschreckenden Meinungssprünge, diese Rücksicht auf die linken Exponenten in der SPD die gefährlichsten Versäumnisse von Helmut Schmidt; mittel- und langfristig viel folgenschwerer dürften die Auswirkungen jenes Schweige-Syndroms werden, dem Helmut Schmidt immer dann unterliegt, wenn es gilt, schwierige Probleme zu lösen. Sorgfältig vermeidet er klare Meinungsäußerungen in der Kontroverse um wichtige Fragen der Innen- wie der Außenpolitik. Vielmehr läßt er die Parteilinken gewähren, auch wenn es den Anschein hat, er sei in der Sache ganz anderer Auffassung.

Schmidt schweigt nur allzuoft, weil er die Stimmung in Partei und Fraktion und die labile Mehrheit, auf die er sich noch stützen kann, kennt. Dies ist Schmidts Dilemma: Er muß gleichzeitig mit der SPD streiten und sich ihre Gunst erhalten. Darunter leidet zwangsläufig die Führungsfähigkeit des Kanzlers in den Auseinandersetzungen um die Lösung der großen politischen Zukunftsfragen.

Die Debatte um die langfristige Sicherung der Energieversorgung hat dies leidvoll bestätigt. Angesichts der spätestens seit 1973 erkennbaren Probleme im Bereich der Energieversorgung hatte die Bundesregierung ein Energieprogramm vorgelegt und dieses mehrfach fortgeschrieben.

In diesem Energieprogramm war dem Ausbau der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Funktion zugewiesen worden. Doch die zunehmende Antikernkraftbewegung, die von weiten Teilen der SPD-Linken und von den Jungsozialisten mitgetragen wurde, forderte auch von Helmut Schmidt ihren Tribut. Die Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion für den Weiterbau des Schnellen Brüters in Kalkar war nur noch schwer zu erreichen. Und zu Beginn des Jahres 1979 — die im Frühjahr anstehenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein werfen ihre Schatten voraus — äußert sich Schmidt bereits deutlich zurückhaltender:

„Auch die Kernenergie war schon eine alternative Energie gegenüber dem Öl und der Kohle und muß es auch bleiben, insbesondere wenn wir weiterhin so große Schwierigkeiten mit der Kernenergie haben sollten, werden die Subventionen für die Kohle in Deutschland zukünftig noch unvorstellbar hoch werden müssen.“ („Der Spiegel“, 15. Januar 1979)

Im schleswig-holsteinischen Landtagswahlkampf selbst aber findet sich keine klare Aussage Schmidts zur Kernenergie. Der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zog sich für die Zeit des Landtagswahlkampfes aus der Diskussion um die Kernenergie zurück. Die klare Antikernenergieposition der schleswig-holsteinischen SPD konnte oder wollte Helmut Schmidt aus wahltaktischen Gründen nicht verhindern.

„Wir sind gegen den weiteren Ausbau der Kernenergie in Schleswig-Holstein. Und wir sind gegen den Bau von Brokdorf als Kernkraftwerk. Wir sind für Energieeinsparung, wir sind auch für die Durchsetzung der Priorität Kohle — in Übereinstimmung mit der Bundespartei —, wir sind für die verstärkte Entwicklung alternativer Energien“, erklärte der SPD-Spitzenkandidat Klaus Matthiesen. (NRD-Sendung „Streitgespräch“, 18. April 1979)

Wie immer in Situationen, in denen seiner Auffassung „politische Zwänge“ entgegenstehen, schwieg Helmut Schmidt auch zu dieser Diskussion. Er erklärte die Bundesregierung in der entscheidenden Frage des Baues weiterer Kraftwerke als nicht zuständig:

„Ob Brokdorf gebaut wird oder nicht, ist keine Sache, die die Bundesregierung entscheiden will. Das wollen wir nicht und haben es nie gewollt. Es ist Sache der jeweiligen Landesregierungen zu bestimmen, ob und wo ein Kraftwerk gebaut wird und ob es mit Kohle, Öl oder nuklear betrieben wird. Die Bundesregierung ist allerdings verantwortlich dafür, daß die abgebrannten Brennstäbe — z. B. aus Brunsbüttel — vernünftigerweise weggestaut, also entsorgt werden.“ („Zeitung am Sonntag“, 22. April 1979)

SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr und Staatsminister Wischniewski versuchten den offenen Widerspruch zwischen den Aussagen von Helmut Schmidt und der SPD Schleswig-Holstein zu übertünchen.

„Nein, wir haben in Schleswig-Holstein keinen absoluten und uneingeschränkten Antiatomkurs. Da hätten Sie also Herrn Matthiesen und andere hören müssen und übrigens den Bundeskanzler auch hören können“, erklärte Egon Bahr (Deutschlandfunk, „Musik und Information“, 24. April 1979). Staatsminister Wischniewski versuchte den schweigenden Bundeskanzler etwas eleganter zu ersetzen, indem er den Hinweis gab, „das Recht der politischen Freunde

in Schleswig-Holstein, die Kernenergie abzulehnen, werde von der Bundesregierung voll respektiert“ („Nordfriesisches Tageblatt“, 9. April 1979). Damit aber bestätigte Wischnewski gleichzeitig den offenen Dissens zwischen der Bundesregierung und der SPD Schleswig-Holsteins.

Nach der Landtagswahl, als das Thema wahltaktisch nichts mehr hergab, äußerte sich Schmidt plötzlich wieder zur Nuklearpolitik. Am 7. Mai 1979 erklärte er zur Eröffnung der Europäischen Nuklearkonferenz in Hamburg u. a.:

„Dies alles macht deutlich, daß kein Industrieland, weder im Westen noch im Osten, es sich für die nächsten Jahrzehnte leisten kann — auch unser Land nicht —, einen zusätzlichen Energieträger, der auch nur einige Bedeutung hat, von der Nutzung auszuschließen. Ich spreche damit von der Kernenergie, die in der Weltwirtschaft eine bereits unverzichtbare quantitative Rolle spielt, wenn auch eine bisher nur ergänzende, komplementäre Rolle in der Energieversorgung. Ich denke, daß die Kernenergie auf absehbare Zeit — für den Rest dieses Jahrhunderts jedenfalls — diese Rolle spielen muß . . .“ (Zit. nach „Bulletin“ Nr. 55, 9. Mai 1979, S. 503)

Gleichzeitig aber wird der Widerstand gegen den Ausbau der Kernenergie in der SPD immer stärker. Während man nach seiner letzten Amerikareise folgende Erklärung des Kanzlers in der „Time“ lesen konnte:

„Die Ölknappheit und die steigenden Ölpreise bedrohen unser Wirtschaftssystem. Das kann zu Kriegen führen“ (zit. nach „Die Welt“, 30. Juni 1979), behauptete Schmidt auf drängendes Befragen vor dem Parteirat der SPD am 23. Juni 1979, er habe eine solche Äußerung über die Gefahr eines Ölkrieges nicht getan, halte sie auch für schädlich (Zit. nach „Die Welt“, 30. Juni 1979).

Wenige Tage danach aber schon erscheint ein Interview, in dem Helmut Schmidt wiederum erklärt:

„Wenn es der Weltwirtschaft insgesamt und insbesondere den großen Ölverbrauchern nicht gelingen sollte, zu einer wesentlichen Strukturveränderung in Richtung auf energiesparende Verhaltensweisen, Produkte, Produktionsweisen und andere Energiequellen als Öl zu gelangen — dann würde ich in der Tat fürchten, daß die Ölknappheit noch Konflikte auslösen kann, die bisher nicht denkbar waren.“ („Bunte Illustrierte“, 28. Juni 1979)

Der Bürger fragt sich weiter, was der Kanzler wirklich meint.

V. Verteidigung

Zum Bild des Bundeskanzlers Helmut Schmidt, das das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung sich bemüht, für die Öffentlichkeit zu zeichnen, gehört

auch der Aspekt des erfolgreichen Außenpolitikers Helmut Schmidt, der Frieden und Sicherheit für die Bundesrepublik Deutschland mehrt und der gemeinsam mit den Partnern im westlichen Bündnis zur Entschärfung der Krisenherde in aller Welt beiträgt. Um so mehr muß das Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit in der Außenpolitik Helmut Schmidts erschrecken. Dies gilt für die Diskussion um die Entwicklung und Stationierung der Neutronenwaffe ebenso wie für die militärischen Abenteuer und die Putschpolitik der Sowjetunion und ihrer Stellvertreter in Angola, Äthiopien, im Jemen, in Afghanistan oder Indochina.

Helmut Schmidt und die Bundesregierung waren für die Neutronenwaffe. Der Bundeskanzler machte dies bereits im Juli 1977 in einem Interview deutlich:

„Es handelt sich um kleinere, nukleare Waffen, die für das sogenannte Gefechtsfeld bestimmt sind, oder, wie man bisweilen auch liest, um taktische nukleare Waffen. Solche Waffen hat es schon bisher in größerer Vielfalt auf westlicher wie auf sowjetischer Seite gegeben. Sie sind eine neue Art taktischer Nuklearwaffen mit verminderter Druck- und Hitzewirkung.“ („Kieler Nachrichten“, 19. Juli 1977)

Zwei Tage später erhob SPD-Bundesgeschäftsführer Bahr den Vorwurf:

„Die Neutronenbombe ist ein Symbol der Perversion des Denkens.“ („Vorwärts“, 21. Juli 1977)

Damit gab Bahr das Signal für eine heftige Kampagne, die auch auf Schmidt nicht ohne Wirkung blieb. So mußte der Kanzler z. B. vor der SPD-Bundestagsfraktion lavieren:

„In den die Neutronenwaffe betreffenden Fragen ist noch keine Entscheidung gefallen. Bestimmte Anregungen aus der Fraktion an die Bundesregierung sind in den Konsultationsprozeß mit unseren Verbündeten eingebracht worden.“ („Informationen“ der SPD-Bundestagsfraktion Nr. 874, 4. Oktober 1977)

Und wenige Wochen darauf faßte der SPD-Bundesparteitag folgenden Beschluß:

„Die SPD unterstreicht, daß es insbesondere moralische aber auch militärstrategische sowie bündnis- und abrüstungspolitische Argumente gegen die Entwicklung, Einführung und Stationierung der Neutronenwaffe gibt ... Atomwaffen dürfen kein Ersatz für eine mangelhafte konventionelle Verteidigung sein. Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Rahmen ihrer Sicherheits- und Abrüstungspolitik die politischen und strategischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß eine Lagerung der Neutronenwaffe auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nicht notwendig wird.“ (Beschluß des SPD-Parteitages, 17. November 1977)

Wieder einmal wich Schmidt eigenen Entscheidungen aus; mit seiner zögerlichen Haltung hat er nicht unwesentlich zu Präsident Carters Entscheidung gegen den Bau der Neutronenwaffe zum jetzigen Zeitpunkt beigetragen. Schließlich ist die Neutronenwaffe ein Abschreckungs- und Verteidigungsinstrument zu allererst für die europäischen Natostaaten. Deshalb hatte Carter von ihnen eine klare und positive Entscheidung zu ihrer Stationierung in Europa gefordert, bevor er den Bau der Waffe freigeben wollte. Diese klare und positive Entscheidung konnte Helmut Schmidt, Regierungschef des wichtigsten Verbündeten der USA in der Nato, nicht geben — aus Angst vor den Linken in der SPD, aus Angst vor dem Verlust der Macht.

Die Reaktion Helmut Schmidts auf die Vorgänge in Angola seit 1975 zeigt in erschreckender Deutlichkeit, mit welcher unangebrachten Zurückhaltung der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland die Expansionsbestrebungen der Sowjetunion beurteilt. Seine Äußerungen zeichnen sich dadurch aus, daß er den Fragen von Reportern wenn eben möglich ausweicht. Kritische Stellungnahmen zum Vormarsch der Sowjetunion und ihrer Stellvertreter in Angola fehlen; Schmidt unternimmt im Gegenteil alles, die Sowjetunion zu beschwichtigen. So heißt es in einem Interview vom 1. Juli 1978:

„Vielleicht ist hier von Interesse ein Rückgriff auf die gemeinsame Erklärung, die der Generalsekretär Breschnew und ich Anfang Mai in Bonn verabschiedet haben, in der davon die Rede ist, daß die Entspannungspolitik nicht teilbar ist, d. h., daß sie sich nicht auf Europa beschränken kann, daß sie auch z. B. Afrika und andere Teile der Welt einbegreifen muß. Mir liegt nicht am Herzen, gegenwärtig die Lage zu verschärfen durch anklägerische Äußerungen.“ (Interview mit NDR II, 1. Juli 1978)

Nach einer Darstellung der „Welt“ ließ der Kanzler im Text eines Interviews mit dem „Newsweek“-Journalisten Borchgrave seinen Hinweis auf den Ausbau „marxistisch-leninistischer Staaten in Afrika“, die ein „klarer Fall eines (sowjetischen) Imperialismus“ seien, streichen und erklärte statt dessen:

„Natürlich versucht die UdSSR ihren Einfluß zu verstärken. Nicht immer hat sie dabei Erfolg. Jedenfalls steht es außer Frage, daß sich der Westen nicht über-rumpeln läßt. Die Sowjets sind Realisten, sie werden die Entspannung nicht abbrechen, weil sie in ihrem Interesse liegt.“ (Zit. nach dem Bericht „Was der Kanzler aus einem Interview macht“, in: „Die Welt“, 23. Mai 1978)

Man muß sich schon fragen, welchen Beitrag der Bundeskanzler mit solchen Äußerungen zur Stärkung des Westens leistet. Es wundert nicht mehr, daß der Sicherheitsberater Präsident Carters, Zbigniew Brzezinski, inzwischen von einer selbstaufgelegten Finnlandisierung der Bundesrepublik Deutschland gesprochen haben soll. („Der Spiegel“, 22. Mai 1978)

VI. Fazit

Die Analyse zeigt, daß Helmut Schmidt sich unter dem Druck seiner eigenen Partei in zentralen Fragen der deutschen Politik widersprüchlich verhält und dadurch in seiner Handlungsfähigkeit erheblich eingeschränkt ist. Ein Kanzler, der sich nicht scheut, mit Rücksicht auf anstehende Wahltermine als taktische Hilfsmittel Lageschilderungen zu benutzen, die sich — zunächst nur für den Kundigen — später für alle als falsch herausstellen.

Eigentlich könnten uns die Widersprüche des Helmut Schmidt kalt lassen. Unter dem Gesichtspunkt der parteipolitischen Opportunität würde es reichen, den Zeitpunkt, zu dem sich die Widersprüche dieses Kanzlers mit der Wirklichkeit messen müssen, abzuwarten. Helmut Schmidt aber ist der Regierungschef dieses Landes und wird sich wieder um dieses Amt bewerben.

Es kann uns nicht gleichgültig sein, ob in dieser Zeit durch den leichtfertigen Umgang mit politischen Prognosen, durch das Verdecken gravierender Probleme, durch den Versuch des Gesundbetens oder auch durch eine geschickte Desinformationspolitik heute die Probleme von morgen geschaffen werden. Es kann uns nicht gleichgültig sein, ob heute die Chance vertan wird, die Voraussetzungen für die Lösung der Probleme von morgen zu erarbeiten.

Der Bau eines Kernkraftwerkes braucht etwa zehn Jahre. Werden nicht heute durch rechtzeitige und klare energiepolitische Entscheidungen die Voraussetzungen für eine ausreichende Versorgung in den 80er Jahren geleistet, ist die Energiekrise im nächsten Jahrzehnt vorprogrammiert.

Werden die Daten zur Rentenfinanzierung nicht heute ehrlich auf den Tisch gelegt, so ist die Rentenfinanzierung im nächsten Jahrzehnt nur noch durch eine massive Erhöhung der Beiträge und einen weiteren Abbau der Leistungen zu sanieren.

Werden die Interventionen der Sowjetunion in Südostasien und im südlichen Afrika heute lediglich als Beeinträchtigung des Klimas dargestellt, dem aber keine Konsequenzen folgen, so ist in einigen Jahren nur noch die Tatsache bedrohlich gewachsener sowjetischer Einflußsphären festzustellen.

Diese Liste ließe sich beliebig verlängern. Der Druck der SPD-Linken und die zunehmenden Spannungen in der Koalition erlauben Helmut Schmidt mit Blick auf den jeweils nächsten Wahltermin keine klaren Aussagen und schon gar keine klaren und rechtzeitigen Entscheidungen in den wichtigsten innen- und außenpolitischen Fragen.

Die Warnungen der Union vor den Folgen der Zeitbombe einer Dauerarbeitslosigkeit von fast eine Million; die Warnungen vor den Folgen einer nicht gesicherten Energieversorgung; die Warnungen vor dem zunehmenden Expansionsstreben der Sowjetunion; all dies wurde von Helmut Schmidt als Panikmache abgetan, um von seiner eigenen Handlungsunfähigkeit abzulenken.

Erst als Prof. Carl-Friedrich von Weizsäcker in der Begründung seines Neins zur Präsidentenkandidatur schrieb: „Ich erwarte für die achtziger Jahre schwere Krisen der Welt und daher unserer Nation“ (Zit. nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 22. Mai 1979), wurde von unparteiischer Seite bestätigt, daß es sich bei den Warnungen der Opposition nicht um unbegründete Panikmache handelt.

Gerade weil die Probleme der Zukunft immer klarer und drängender werden, ist ein Bundeskanzler, der heute nicht die Voraussetzungen schaffen kann, um die Probleme von morgen zu lösen, eine schwere Belastung für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb darf nicht unwidersprochen bleiben, daß Schmidt ein Bild von sich verbreiten läßt, das von dieser Belastung ablenken soll.